

Erscheint in Leipzig
Mittwoch, Freitag, Sonntag.

Bestellungen nehmen an alle
Postanstalten u. Buchhand-
lungen des In- u. Auslandes.

Filial-Expeditionen
für die Vereinigten Staaten:
F. A. Sorge,
Box 101 Hoboken, N. J.
Peter Haß,
8. W. Corner Third and
Coates str. Philadelphia.

Der Volksstaat

Abonnementspreis
für ganz Deutschland
13R. 60 Pf. pro Quartal.

Monats-Abonnements
werden bei allen deutschen
Postanstalten auf den 1ten
u. 2ten Monat und auf den
3ten Monat besonders an-
genommen; im Reg. Sachsen
u. Prüg. Sach.-Altenburg
auch auf den 1ten Monat des
Quartals à 54 Pf.

Organ der sozialdemokratischen Arbeiterpartei und der internationalen Gewerkschaften.

Inserate, die Abhaltung von Partei-, Vereins- und Sozialsammlungen, sowie die Filial-Expeditionen und sonstige Partei-Angelegenheiten betreffend, werden mit 10 Pf., — Privat- und Bergungungs-Anzeigen mit 25 Pf. die dreizehnpaltige Petit-Zeile berechnet.

Nr. 61.

Mittwoch, 2. Juni.

1875.

Abonnements auf den „Volksstaat“

für den Monat Juni zu 55 Pfennige werden bei allen deutschen Postanstalten, für Leipzig pro Monat zu 60 Pf. bei der Expedition, Zeigerstraße 44, und bei Colporteur Müller, für die Umgegend von Leipzig bei den Filial-Expeditionen: für Volkmarzdorf, Reudnitz, Neuschönefeld u. bei Frau Engel, Reudnitz Feldstr. 14, Hof 1 Tr., für Connewitz u. bei Tenbert, Vornaischestr. 19, für Kleinschöcher und Umgegend bei Fleischer, Schloßgasse 13 daselbst, für Thonberg u. Neureudnitz bei Zeitungspediteur Zschau, Neureudnitz 15, 1 Tr., für Plagwitz und Lindenau bei Schuster, Werseburgerstr. 26, für Gohlis u. bei D. Peukert, Hauptstraße 19, für Stötteritz bei Fr. Boggenitz, Hauptstr. 38, angenommen.

Für Berlin wird auf den „Volksstaat“ monatlich für 75 Pf. frei in's Haus abonniert bei Trautmann, Manteuffelstraße 25, vorn 3 Tr.; Rubenow, Brunnenstr. 34 im Laden; J. Schmann, Schwedensstr. 1, 2 Tr.

Der Abonnementsbetrag ist bei Bestellung zu entrichten.

Allgemeiner Sozialisten-Congress.

Gotha, 25. Mai.

Beginn der Sitzung Vormittag 8 Uhr. Den Vorsitz führt Hafenclever.

Zum Absatz III der Programmvorlage, enthaltend die Forderungen der Arbeiterpartei, ergreift das Wort der Referent Hasselmann. Bezüglich der Forderung der Produktivgenossenschaften bestanden bisher verschiedene Anschauungen zwischen den Lassalleanern und den Eisenachern. Die ersteren gingen in Aufassung des betreffenden Lassalle'schen Vorschlags weiter als die letzteren und stellten sich unter der Bewirklichkeit dieser Forderung einen großen Verbaud von Produktivgenossenschaften vor, der zur sozialistischen Gesamtorganisation der Arbeit hinüberführen muß. Sie wollten kein bloßes Experiment machen, wie Brade in seiner Brochüre gemeint habe. Dieses Mißverständnis sei im Programmtext beseitigt. Die Produktivgenossenschaften sollen ein Kampfmittel sein zur Beseitigung der modernen Produktionsweise. Dabei soll aber das arbeitende Volk die Organisation selbst in die Hand nehmen, weder die reaktionären heutigen Staatsregierungen noch radikale Bourgeoisregierungen. Nur in dieser Weise ist die Lassalle'sche Idee aufzufassen. An den Centralpunkten der Produktion müssen diese Assoziationen so großartig angelegt werden, daß sie alles Uebrige beherrschen. Wir wollen die Organisation einer Gesamtarbeit, nicht einer Gruppenarbeit. Kotschy: Wir wollen die Vorlage annehmen, weil sie die Grundlage zu einer Verständigung enthält. Im Uebrigen ist sie mangelhaft, denn wir stellen heute schon entschieden communisistische Forderungen. Kaiser will den ganzen Passus, Produktiv-Assoziationen betreffend, gestrichen haben, weil er nach den Fortschritten, welche die Arbeiterbewegung nenerdings gemacht, nicht mehr zulässig sei. Kuhl will die alten bekannten Ausdrücke für die Agitation beibehalten haben. Ihre Streichung würde viel böses Blut machen. Höhnle will eine praktische Agitation und beantragt, gestützt auf Lassalle's „Offenes Antwortschreiben“, in das Programm die Forderung „freier individueller Produktiv-Assoziationen“ aufzunehmen. Im sozialistischen Staat werde man auch Gruppenarbeit verrichten müssen. Walther hält eine Debatte für jeden Demokraten überflüssig, die Wichtigkeit der Vorlage sei unbestreitbar. Gladewitz will keine Schlagwörter. Wir kämpfen nicht mit Phrasen. Hasselmann: Die Lassalle'sche Forderung von Hundert Millionen ist durch die Entwertung des Geldes und die Entwidlung der Großindustrie selbstredend zu modifizieren.

Die Vorlage wird angenommen.
Zu Punkt III Alinea 1 der Vorlage das Wahlrecht betreffend, wozu Bebel beantragt hat, obligatorisches Wählen und das Stimmrecht der Frauen zu verlangen. Hasselmann: Ich bin gegen das obligatorische Wahlrecht. Ist dies im heutigen Staate eingeführt, so wird für die Reaktion gewirkt. Wir haben doch bessere Mittel als den Wahlzwang. Zu entscheiden, ob wir das Wahlrecht auch auf die Frauen ausgedehnt haben wollen, überlasse ich dem Congress. Im Programm wollen wir auch keine Diäten für unsere Vertreter verlangen. Dies wäre kleinlich. Wir werden auch ohne Diäten im Parlament vertreten sein.

Bebel: Ich bin der Ansicht, daß nicht alle unsere Forderungen innerhalb der heutigen Gesellschaft durchzusetzen sind. Aber ich empfehle das obligatorische Stimmrecht. Durch eine Staatspflicht gewinnen wir die Arbeiter. Die Bourgeois stimmen stets vollzählig; die Arbeiter sind es, die sich zum größten Theil enthalten. (Auf Antrag A. Kapell's wird für Bebel die Redezeit um 5 Minuten verlängert.) Ich empfehle zu beschließen, daß das Stimmrecht den Frauen verliehen wird. Wenn man sagt, sie seien nicht gebildet genug, so sage ich: sie sollen sich üben. Man sagt, die Frauen seien in politischen Angelegenheiten ein Hemmnis für die Männer. Dieserhalb muß man sie mit den öffentlichen Angelegenheiten vertraut machen. In Leipzig ist bei der Reichstagswahl mit großem Erfolg ein Flugblatt an die Frauen gerichtet worden. Selbst ein Theil der Frauen der Bourgeoisie würde für uns gewonnen werden. Widen wir doch auf die Resultate des Frauenstimmrechts in England und America.

Auer: Das Stimmrecht der Frauen gehört in das Programm. Klein ist dagegen. Die Frauen der Bourgeoisie hassen uns eben

so sehr als die Männer. Glaud: Durch das Wahlrecht können unsere Forderungen nicht realisiert werden. Die Regierung muß durch den Volksdrang zu einem Compromiß mit dem Volke bewegen werden. Hasselmann kann das obligatorische Stimmrecht nicht empfehlen. Prinzipiell ist er kein Gegner des Frauenstimmrechts, aber die heutigen Verhältnisse sind nicht passend für dasselbe. Bebel habe nur dann Recht, wenn die soziale Kernfrage der Gegenwart sei, daß die Frauen durch die Männer ausgebeutet würden. Aber dies sei nicht der Fall und die Frauenfrage könne erst dann gelöst werden, wenn die Arbeit befreit sei.

Es wird beschlossen, zu verlangen, daß die Wahlen auf Sonn- und Feiertage verlegt werden, ebenso wird die Forderung, das Wählen obligatorisch zu machen, mit großer Majorität acceptirt. Ueber die Frage des Frauenstimmrechts wird namentlich abgestimmt und die Bekanntmachung des Resultats auf Nachmittags verschoben.

Schluß der Sitzung 12 $\frac{1}{2}$ Uhr.

Beginn der Sitzung Nachmittags 2 $\frac{1}{2}$ Uhr. Vorsitzender Beib. Der Antrag Bebel bezüglich des Frauenstimmrechts wird zwar abgelehnt, jedoch nur aus formellen Gründen, da das Wort „Staatsangehörige“ die Frauen selbstverständlich mit einbegreift. Der betreffende Satz lautet nach den gefaßten Beschlüssen: „Allgemeines, gleiches, direktes Wahl- und Stimmrecht mit geheimer obligatorischer Stimmenabgabe aller Staatsangehörigen vom 20. Lebensjahre an für alle Wahlen und Abstimmungen in Staat und Gemeinde. Der Wahl- oder Abstimmungstag muß ein Sonntag oder Feiertag sein.“

Es werden ferner als allgemeine politische Forderungen folgende Punkte aufgestellt:

- 1) Direkte Gesetzgebung durch das Volk.
- 2) Entscheidung über Krieg und Frieden durch das Volk.
- 3) Allgemeine Wehrhaftigkeit. Volkswehr an Stelle der stehenden Heere.
- 4) Abschaffung aller Ausnahmsgesetze, namentlich der Press-, Vereins- und Versammlungsgesetze, überhaupt aller Gesetze, welche die freie Meinungsäußerung, das freie Denken und Forschen beschränken.
- 5) Rechtsprechung durch das Volk. Unentgeltliche Rechtspflege.
- 6) Allgemeine und gleiche Volkserziehung durch den Staat. Allgemeine Schulpflicht. Unentgeltlicher Unterricht in allen Bildungsanstalten. Erklärung der Religion zur Privatangelegenheit.

Als die nachstehenden Forderungen, deren Bewirklichkeit schon innerhalb der heutigen Gesellschaft möglich erscheint, werden angenommen:

- 1) Eine einzige progressive Einkommensteuer für Staat und Gemeinde anstatt aller bestehenden, insbesondere der das Volk belastenden indirekten Steuern.
- 2) Unbeschränktes Coalitionrecht.
- 3) Ein den Gesellschaftsbedürfnissen entsprechender Normalarbeits- und Verbot der Sonntagsarbeit.
- 4) Verbot der Kinderarbeit und aller die Gesundheit und Sittlichkeit schädigenden Frauenarbeit.
- 5) Schutzesetze für Leben und Gesundheit der Arbeiter. Sanitätliche Controle der Arbeiterwohnungen. Ueberwachung der Vergewerke, der Fabrik-, Werkstatt- und Hausindustrie durch von den Arbeitern gewählte Beamte. Ein wirksames Haftpflichtgesetz.
- 6) Regelung der Gefängnisarbeit.
- 7) Volle Selbstverwaltung für alle Arbeiter-Hilfs- und Unterstufungsklassen.

Der Name der Partei soll sein: „Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands“.

Man tritt in die Diskussion über die Parteiorganisation ein. Hafenclever referirt; er spricht mit Entschiedenheit für die Nothwendigkeit der Centralisation, erklärt aber, daß man sich den gesetzlichen Bestimmungen und Verhältnissen anbequemen müsse. Das Referat trägt den verschiedenen Richtungen innerhalb des Congresses nach Möglichkeit Rechnung. Die Eröffnung einer Generaldiskussion wird auf Antrag beseitigt; man tritt zunächst in die Debatte darüber ein, ob zwei oder drei Parteibehörden etabliert werden sollen und entscheidet sich nach langer und lebhafter Diskussion für die Einrichtung von drei Behörden.

Es wird beschlossen:

- 1) Der Partei kann Jeder angehören, der sich zu den Grundsätzen des Parteiprogramms bekennt und für die Förderung der Arbeiterinteressen thätig ist, auch durch Geldopfer, eintritt. Wer drei Monate säumig ist, wird nicht mehr als Parteigenosse betrachtet.
- 2) Parteigenossen, welche gegen das Interesse der Partei handeln, können vom Vorstande ausgeschlossen werden. Berufung an den Ausschuss, resp. an den Parteicongress ist zulässig.
- 3) Alljährlich findet ein Parteicongress statt, auf welchem die Verhältnisse der Partei berathen werden. Der Sitz des Vorstandes und der Sitz der Controlcommission werden dort für ein Jahr bestimmt; ferner Vorstand und Ausschuss für die Dauer eines Jahres gewählt.

Schluß der Sitzung Abends 8 Uhr.

Die Sitzung beginnt Morgens 8 Uhr. Den Vorsitz führt der Parteigenosse Hafenclever.

Der Congress fährt in der Berathung des Organisations-Entwurfes fort. § 4 steht zunächst zur Debatte. Es liegen verschiedene Abänderungsanträge vor, doch wird nach langer Debatte der Commissionsantrag angenommen.

§ 4. Der Vorstand kann einen außerordentlichen Partei-

Congress einberufen. Der Vorstand muß einen solchen innerhalb 6 Wochen einberufen, wenn die Mehrzahl der Controlcommission und des Ausschusses, oder ein Sechstel sämtlicher Parteigenossen die Einberufung beantragen. Der Vorstand bestimmt den Ort des Parteicongresses. Der Vorstand ist verpflichtet, mindestens acht Wochen vorher Zeit und Ort des Parteicongresses den Parteigenossen zur Kenntniß zu bringen.

Darauf wird § 5 mit einem Amendement des Delegirten Prinz in folgender Fassung angenommen:

§ 5. Zu jedem Parteicongress ist die vorläufige Tagesordnung mindestens 6 Wochen vorher durch den Vorstand den Parteigenossen zur Kenntniß zu bringen. Die spätestens 20 Tage vor dem Congress von Seiten der Parteigenossen einlaufenden Anträge sind 14 Tage vor dem Congress als definitive Tagesordnung zu veröffentlichen. Selbstständige Anträge, welche innerhalb der letzten 20 Tage vor dem Congress, oder erst auf dem Congress gestellt werden, kommen nur dann zur Verhandlung, wenn sich mindestens ein Sechstel der Delegirten dafür erklärt.

Zu § 6 liegen eine Reihe von Amendements vor, von welchen die Frage, ob die Abstimmungen auf den Parteicongressen nach Kopfzahl der Delegirten oder nach der Zahl der von ihnen vertretenen Stimmen stattfinden sollen, zu lebhafter Meinungsverschiedenheit führt. Doch wird schließlich ein Vermittlungsantrag Beib's mit großer Majorität angenommen. Der demnach abgeänderte § 6 lautet demzufolge:

§ 6. Auf dem Parteicongresse darf ein Delegirter nicht mehr als 400 Stimmen vertreten; die Abstimmung geschieht in Organisations- und Prinzipienfragen, sowie bei Wahlen der Parteibehörden nach der Anzahl der vertretenen Parteigenossen mit einfacher Majorität, in allen übrigen Fragen nach der Kopfzahl der Delegirten. Der Vorstand ist berechtigt, 3 seiner Mitglieder, die Controlcommission und die Redaktionen und Expeditionen der beiden offiziellen Parteioorgane je 1 ihrer Mitglieder zum Congress zu delegiren. In außerordentlichen Fällen ist die Anwesenheit des gesammten Vorstandes auf dem Congress zulässig.

§ 7 wird nach kurzer Debatte angenommen. Derselbe lautet: § 7. Spätestens 4 Wochen nach Schluß des Parteicongresses muß das Congressprotokoll den Parteimitgliedern zugänglich gemacht werden.

Bei Berathung des § 8 handelt es sich in Betreff der verschiedenen Abänderungsanträge insbesondere darum, ob der Vorstand nur einen gewissen Zeitraum an demselben Orte bleiben soll, ob durch Einsetzen von zwei Vorsitzenden und zwei Secretären nicht ein schädlicher Dualismus erzeugt würde, und ob der Gesamtvorstand oder ein erster Vorsitzender für die Amtsführung des Vorstandes der Partei verantwortlich sein solle. Doch wird Ersteres abgelehnt und schließlich die Gleichstellung der Vorsitzenden und Secretäre, sowie die gemeinsame Verantwortlichkeit des Vorstandes angenommen. Der § 8 lautet demnach:

§ 8. Die Leitung der Parteigeschäfte ist einem Vorstand von fünf Personen: zwei Vorsitzenden, zwei Secretären und einem Kassirer übertragen. Der Kassirer hat eine von der Controlcommission gutzuheißende Cautio oder Bürgschaft zu stellen. Das Gehalt der Vorstandsmitglieder wird durch den Congress festgesetzt. Sämtliche Vorstandsmitglieder müssen an einem und demselben Ort ihren Wohnsitz haben. Sie werden vom Parteicongress für die Dauer bis zum nächsten, gleichviel ob ordentlichen oder außerordentlichen Parteicongress, und zwar in besonderen Wahlgängen mit absoluter Majorität gewählt. Sollte bei der ersten Wahlhandlung eines Wahlganges die absolute Stimmenmehrheit nicht erreicht werden, so hat zwischen den beiden meistbestimmten Personen eine engere Wahl stattzufinden. Weder ein Mitglied der Redaktion, noch der Expedition der Parteioorgane darf dem Vorstande angehören. Treten im Laufe des Jahres Vakanz ein, so besetzt die Controlcommission für die betreffende Zeit die erledigte Stelle. Vierteljährlich hat der Vorstand eine Abrechnung, monatlich ein Verwaltungscircular an die Controlcommission und an den Ausschuss zu schicken.

§ 9 wird ohne Debatte angenommen und lautet:

§ 9. Der Vorstand muß sich binnen 14 Tagen nach dem Parteicongress constituiren; bis dahin verbleibt dem bisherigen Vorstand, falls der Congress nicht anders verfügt, die Geschäftsführung.

§ 10 giebt zu einer Diskussion Anlaß, in Folge welcher die Controlcommission und der Vorstand an zwei getrennte Orte verlegt werden und die Wahl der Controlcommission den ortsgewöhnlichen Mitgliedern überlassen werden soll. § 10 besagt demnach:

§ 10. Zur Controlirung des Vorstandes besteht eine Controlcommission von 7 an einem und demselben Ort wohnenden Personen. Der Sitz der Controlcommission darf nicht der Sitz des Vorstandes sein. An die Controlcommission können alle vom Vorstande nicht berücksichtigten Beschwerden zur Erledigung gerichtet werden. Die Wahl der Controlcommission erfolgt durch die am Orte ihres Sitzes wohnenden Parteigenossen und zwar mittelst Stimmzettel mit einfacher Majorität; die Wahl hat spätestens 14 Tage nach dem Congress stattzufinden.

Der § 11 wird in der vorgeschlagenen Form unter Ablehnung der Amendements, wie folgt, angenommen:

§ 11. Der Ausschuss, welcher im Fall von Differenzen zwischen Vorstand und Controlcommission in Thätigkeit treten muß, besteht aus 18 Personen, welche an verschiedenen Orten wohnen können. Die Mitglieder des Ausschusses werden vom Congress in besonderen Wahlgängen, in gleicher Weise wie der Vorstand, und zwar für die Dauer bis zum nächsten Congress gewählt. Der Ausschuss

wird durch seinen Vorsitzenden einberufen, und zwar auf Antrag des Vorstandes oder der Controlcommission oder 9 seiner Mitglieder. Die Einberufung muß binnen 14 Tagen erfolgen. Zu allen Sitzungen des Ausschusses und der Controlcommission haben die Mitglieder des Vorstandes Zutritt und müssen auf ihr Verlangen gehört werden. Stimmberechtigt sind sie nicht."

§ 12. Der Ausschuss und die Controlcommission sind berechtigt, falls der Vorstand seine Pflichten verlegt oder sich weigert, bei nachgewiesenen Fahrlässigkeiten Abhilfe zu schaffen, denselben mit absoluter Majorität abzusetzen; ebenso können unter den nämlichen Verhältnissen einzelne Vorstandsmitglieder vom Amte entfernt werden. Ist das Gegentheil der Fall, so besetzen die Controlcommission und der Ausschuss vereinigt bis zum nächsten Congreß die betreffenden Posten. Sind mehr als 2 Mitglieder des Vorstandes vom Amte entfernt, so muß innerhalb 6 Wochen ein Parteicongreß zur Neuwahl berufen werden. Bis dahin verwaltet die Controlcommission und der Ausschuss die Partei durch eine zu ernennende Commission."

§ 13. Auf Antrag des Vorstandes kann der Ausschuss einzelne oder sämtliche Mitglieder der Controlcommission ihrer Thätigkeit entheben. Alle Ergänzungswahlen sind nach den Bestimmungen des § 10 vorzunehmen.

Schluss der Sitzung Mittags 12 Uhr.

26. Mai.

Die Sitzung wurde Nachmittags 2 Uhr durch Hasenclever eröffnet und abwechselnd durch Hasenclever und Weib geleitet. Es wird zunächst über § 14 der Vorlage, die Parteipresse, debattiert. Die Berichterstatter erheben den § 14 zu ihrem eigenen Antrag. Der Berichterstatter Auer, welcher sich für die vorläufige Beibehaltung der beiden jetzt schon vorhandenen Hauptorgane ausspricht, regt gleichzeitig die Frage an, in welcher Weise die juristische Eigentumsberechtigung an diesen Organen festzustellen sei. Derselbe wünscht, daß dieses Eigentumsrecht an die schon bestehende Leipziger, beziehentlich die neubegründete Berliner Produktions-Genossenschaft für Buchdruck und Buchhandlung übertragen werden möge. Hasenclever spricht sich beziehentlich des Eigentums an den Parteiorganen gleichfalls in Uebereinstimmung mit Auer aus. Der Correspondent Hasenclever, der sich ebenfalls für Annahme des § 14 ausspricht, bemerkt dem entgegen, daß er diesem Wunsche nicht zustimmen könne. Der Vorstand der politischen Partei, bestehend aus 5 Personen, müsse das juristische Eigentum dieser Blätter haben, damit er und die Partei niemals von gewerkschaftlichen Genossenschaften in Abhängigkeit gerathen könne.

Ein auf dieses Eigentumsrecht bezüglicher Antrag wird bis zur Beendigung der Berathung über die Organisation der Partei zurückgestellt.

Der § 14 wird hierauf nach lebhafter Debatte in folgender Fassung angenommen:

§ 14. Offizielle Organe der Partei sind bis zum nächsten Congreß der „Neue Sozialdemokrat“ zu Berlin und der „Volksstaat“ zu Leipzig. Beide Organe sind Eigentum der Partei; in Bezug hierauf werden die Formalien durch den Vorstand nach den Beschlüssen des Congresses erledigt."

Die §§ 15 bis incl. 19 werden, obgleich über manche Bestimmungen derselben sehr eingehende Debatten sich entspannen, unverändert nach der Vorlage, und zwar wie folgt, angenommen:

§ 15. Die Redacteurs, die ständigen Mitarbeiter und die Expedienten der in § 14 genannten Organe werden, soweit dieses nicht der Congreß dem Vorstand überweist, auf dem Congreß gewählt, und ihre Gehälter dort bestimmt; Hilfsredacteurs und Hilfsexpedienten u. d. d. deren Gehalt werden auf Antrag der Redactionen und Expeditionen vom Vorstande bestimmt. Der Congreß entscheidet über den Preis und die Größe der Blätter. Die Expedienten, welche die Kasse der Blätter führen, haben Caution oder Bürgschaft zu stellen.

§ 16. Zur Ueberwachung der geschäftlichen Leitung der in § 14 genannten Parteiorgane hat der Vorstand je 2 Revisoren zu ernennen, falls er die Revision nicht selbst vornehmen kann. Diese Revisoren haben nach Ausweisung des Vorstandes mindestens 1 Mal monatlich das Kassensystem der genannten Blätter zu revidieren, jederzeit auf Verlangen dem Vorstand, beziehentlich der Controlcommission, sowie einem jeden Parteicongreß Bericht zu erstatten und Rechenschaft abzulegen.

§ 17. Der Vorstand ist berechtigt, bei Pflichtverletzung die Redacteurs und Expedienten ihres Amtes zu entheben. Denselben steht die Berufung an die Controlcommission zu, welche die Berufung entweder abweisen oder sich an den Ausschuss behufs gemeinsamer Entscheidung wenden kann. Controlcommission und Ausschuss können mit Stimmenmehrheit den Beschluß des Vorstandes annullieren. Berufung an den Congreß ist zulässig.

§ 18. Zur Begründung von lokalen Parteiblättern ist die Zustimmung des Vorstandes, der Controlcommission und des Ausschusses, welchen über die bezüglichen örtlichen Verhältnisse rechtzeitig und ausführlich berichtet werden muß, erforderlich. Nur solche Blätter, welche mit Zustimmung genannter Parteibehörden ins Leben treten, sind als Parteiorgane zu betrachten und können die moralische und materielle Unterstützung der Partei beanspruchen. Die lokalen Parteiblätter haben sich in prinzipiellen Fragen an das Parteiprogramm zu halten, und sind gleich den beiden in § 14 genannten Organen in tatsächlichen Parteifragen dem Vorstand unterstellt.

§ 19. Der Vorstand ist verpflichtet, die vierteljährliche Abrechnung der Parteikasse, sowie der Kassen der Organe, welche Eigentum der Partei sind, nachdem sämtliche Theile von den zuständigen Parteibehörden geprüft worden sind, jedesmal in der ersten Hälfte des neuen Quartals den Parteigenossen zur Kenntnis zu bringen."

Darauf findet die Schlussabstimmung über das Statut, wie es aus der Berathung hervorgegangen, statt und wird dasselbe einstimmig angenommen.

Nachdem noch festgestellt, daß zur Regelung von Sonderangelegenheiten der letzter beschriebenen Richtungen die Verhandlungen des allgemeinen Congresses bis morgen Mittag 3 Uhr aufgesetzt werden sollen, wurde die Sitzung um 8 Uhr Abends geschlossen.

Gotha, 27. Mai.

Die Sitzung wurde Nachmittags 3 Uhr durch Hasenclever eröffnet und heißt der Präsenzliste das Protokoll vorlesen. Nachher übernimmt Weib den Vorsitz und theilt einen Antrag Herzog's mit, der verlangt, daß ehe über die Parteipresse die Diskussion eröffnet wird, zuerst die Wahl der Vorortie der Partei und der Beamten vorzunehmen sei. Der Antrag wurde angenommen. Weib befürwortet dies und schlägt als Sitz des Vorstandes Hamburg vor. Fried spricht gegen Hamburg und will den Vorort nach Berlin verlegt wissen. Groß und Klein stimmen Weib bei und

wird hierauf die Abstimmung vorgenommen, diese ergibt, daß Hamburg mit allen gegen 7 Stimmen als Vorort gewählt worden ist. Als Vorsitzende werden Hasenclever und Hartmann gewählt. Als Secretäre Auer und Derossi; als Kassirer Weib. Als Sitz der Controlcommission wird Leipzig bestätigt. Zu Ausschussmitgliedern ernannt der Congreß: Bernstein, Fröhlich, Finn, (Berlin), Schumacher (Köln), Bahlreich (Chemnitz), Roje (Rürnberg), Endres (Magdeburg), Bronnemann (Göppingen), Klees (Magdeburg), Bod (Gotha), Braack (Braunschweig), Reimer (Altona), Heinemann (Hamburg), Meister (Hannover), Zwiener (Bielefeld), Prinz (Frankfurt a. M.), Reinders (Breslau), Kuhl (Barmen).

Zu § 15, Punkt 4 der Vorlage, ergreift Weib das Wort und schlägt vor, daß der Congreß beschließen möge, die Ernennung des Redaktions- und Expeditionspersonals dem Vorstand zu überlassen. Wird angenommen. Ferner beantragt Weib, daß die Parteiorgane Eigentum der Genossenschaften werden. Auch dies wird nach lebhafter Debatte angenommen. Fried fragt an, ob es bei Gründung einer Genossenschaft nicht möglich sei, daß 100 Bourgeois Mitglieder derselben werden? Weib beantwortet dies dahin, daß dies nicht gut möglich sei, indem dem Ausschuss das Recht zustehe, zu bestimmen, wer Mitglied werden kann oder nicht. Es wird beschlossen, daß der „Neue Social-Demokrat“ Eigentum der Berliner Genossenschaftsbücherei werde. Weib, Hasenclever, Hartmann, Auer und Derossi werden aufgefordert, ihr Gutachten darüber abzugeben, ob die Statuten der Genossenschaft verbessert werden können. Weib spricht über die „Social-Politischen Blätter“, er empfiehlt, dieselben vom 1. October d. J. ab so auszustatten, sowohl in belletristischer, als anderer Beziehung, daß sie als Konkurrenzblatt gegen die jetzt bestehenden illustrierten Journale, „Hausfreund“, „Gartenlaube“ u. d. d. austreten können. Der Preis des Blattes wird pro Quartal auf 1 Mark festgesetzt. Weib beantragt das Eigentumsrecht der sozialpolitischen Blätter durch den Parteivorstand in geeigneter Weise zu regeln. Auch dieser Antrag findet Annahme. Meister beantragt, den „Volksstaat-Erzähler“ vom 1. October d. J. ab eingehen zu lassen. Wird angenommen. Der Antrag für Hamburg-Altona ein Lokalblatt zu gründen, welches Eigentum der Partei sein muß, wird nach eingehender Debatte angenommen. Dabei wird bemerkt, daß dies dem Parteivorstand überwiesen werden solle. Ein Antrag Weib's, die Brochüren in möglichst einheitlichem Format herauszugeben, findet Annahme.

Beschiedene Anträge, die Agitation betreffend, werden auf Antrag Weib's dem Parteivorstande überwiesen und zur Berücksichtigung empfohlen.

Fried spricht, dem Congreß zu empfehlen, daß, so lange das heutige Lohnsystem besteht, für die Gewerkschaften agitatorisch zu wirken sei.

Es erfolgt die Verlesung der Protokolle und die Mittheilung, daß am 15. Juni sich der Vorstand zu Hamburg konstituieren werde.

Hasenclever: Das Einigungswerk ist endlich gelungen. Runmehr heißt's mit frischem Muth ans Werk. Unter Hochrufen und dem Gesang der Marschlied wird der 1. Congreß der vereinigten deutschen Sozialdemokraten 12 Uhr Nacht geschlossen.

Eine heute Abend im Saale des Thürcinger Hofes stattgehabte Volksversammlung, in der Bahlreich und Dreesbach referirten, war sehr zahlreich besucht.

Nationalökonomie.

V.

Der Werth der Dienstleistung.

(Schluß.)

Der Werth der Strafe besteht also in der in ihr enthaltenen allgemein menschlichen, gesellschaftlich notwendigen Arbeit, gemessen nach Zeit.

Nehmen wir nun ein Beispiel einer reinen Dienstleistung.

Ich will einem Freunde eine Nachricht zukommen lassen, schreibe einen Brief und sende damit einen Boten ab. Den Gang kann jeder gesunde Mensch machen; der Dienst, den mir der Bote leistet, wird also nicht höher zu veranschlagen sein, als die Arbeit, der Gang, Zeit erfordert, und der Werth der Dienstleistung besteht also in der zur Verrichtung der Dienstleistung aufgewendeten allgemein menschlichen Arbeit, gemessen nach Zeit.

Wohnt nun aber mein Freund viele Meilen weit von mir, so sende ich keinen Boten, sondern gebe den Brief auf die Post und bezahle heute für die Beförderung auf eine Entfernung von, sage 100 Meilen, nur 10 Pfennige. Der Preis, den ich bezahlen müßte, und der ja als Maßstab des Werthes dient, wenn ich einen Boten senden wollte, würde tausendmal höher sein; in Folge der rationellen Organisation des Postbetriebes werden aber Millionen Briefe gemeinschaftlich befördert; der Gesamttransport aller Briefe wird nun von einer Anzahl Menschen besorgt, und besteht daher der Werth dieses Gesamttransportes, der Werth der Dienstleistung der Post, in der auf allgemein menschliche Arbeit reduzierten Arbeit aller Postbeamten.

Der Werth der Dienstleistung, welche in der Beförderung meines einzelnen Briefes liegt, ist also nur ein verschwindend kleiner Theil jenes Gesamtwerthes; nicht die wirklich zur Beförderung des einen Briefes notwendige sondern die nach der jetzigen Cultur-Entwicklung gesellschaftlich notwendige, allgemein menschliche Arbeit, gemessen nach Zeit, bildet den Werth des Dienstes, den mir die Post durch Beförderung meines Briefes geleistet hat.

Nehmen wir noch das Beispiel, nach welchem ein Arzt mir einen Dienst dadurch erzeigt, daß er meine Gesundheit wieder herstellt.

Die Zeit, welche der Arzt auf die Krankenbesuche verwendet, ist freilich eine sehr kurze; es wird auch Niemanden einfallen, den Werth der Cur nach der vom Arzte aufgewendeten Zeit in der Weise zu berechnen, daß er diese Zeit auf Stunden reduziert; wir sehen aber, daß gewohnheitsmäßig die Ärzte nach der Zahl der von ihnen gemachten Krankenbesuche bezahlt werden. Es wird damit gesellschaftlich anerkannt, daß die Zeit, die der Arzt verwendet, als Maßstab des Werthes seiner Dienstleistungen gilt; daß gewissermaßen Stücklohn stattfindet. Um aber Mediziner werden zu können, ist eine lange Studienzeit notwendig; es steckt in der Arbeit, die der Arzt leistet, also ein größeres Quantum früher auf das Studium verwendeter Zeit, d. h. die Arbeit des Arztes ist höher qualifizirt, als die eines Ackerbockes; man wird also anerkennen, daß in einer Stunde Arztarbeit eine vielfache Stundenzahl allgemein menschlicher Arbeit enthalten ist; der Werth der Dienstleistung des Arztes wird sich also reduzieren lassen auf die dabei verausgabte allgemein menschliche Arbeit, gemessen nach Zeit.

Hätten wir nur eine Universität in Europa, an der man Medizin studiren könnte, so würde dies Studium mit sehr viel

mehr Schwierigkeiten verbunden sein, als heute; es würde Jeder, der dort studiren wollte, vorher die dortige Sprache erlernen, dann hin- und herreisen müssen; es stünde dann mehr allgemein menschliche Arbeit in der Dienstleistung des Arztes als heute. Die enormen Vergütungen, welche Ärzte erhalten, die nach unentwickelten Ländern gehen, zeigen deutlich, daß der Werth ihrer Dienstleistungen dort ein höherer ist als bei uns, weil dort mehr gesellschaftlich notwendige Arbeit im Stadium des Arztes steckt, wie bei uns.

Der Werth der Dienstleistung des Arztes besteht also ebenso, wie jeder andere Werth, in der allgemein menschlichen, gesellschaftlich notwendigen Arbeit, gemessen nach Zeit, welche in der Dienstleistung enthalten, zu ihrer Verrichtung aufgewendet ist.

Die von Carl Marx gegebene Definition des Werthes der Waare paßt also, wie wir gezeigt haben, auch auf den Werth der Dienstleistungen; in dieser Werththeorie besitzen wir nun den Maßstab, der vernünftigerweise bei der Vertheilung der Genusmittel, der Waaren, anzulegen werden muß.

Der Leser möge sich nicht daran stoßen, daß es nicht möglich ist, genau anzugeben, wie viel allgemein menschliche Arbeit in irgend einer höher qualifizirten Arbeit, in einer Dienstleistung oder einer Waare enthalten ist. Die Untersuchungen der Wissenschaft haben vorerst noch nicht den Zweck, einen zahlen- oder rechnungsmäßigen Maßstab für die praktische Wirtschaft zu entwerfen; sie sind aber notwendig, um die Grundprinzipien kennen zu lernen, nach denen sich eine vernunftgemäße Gesellschaft einzurichten haben wird.

Für das Verständnis und die Beurtheilung der heutigen Zustände wird die Definition des Werthes der Dienstleistungen aber einen nicht zu verkennenden Nutzen gewähren.

Wir haben früher gesagt, daß die Capitalisten als Classe der Gesellschaft unentgeltlich jetzt dadurch einen Dienst erweisen, daß sie bestimmen, was und wie produziert werden soll; sie haben daher auf Grund ihrer, in der Leitung der Produktion bestehenden Dienstleistung ein unbestreitbares Anrecht auf einen Theil des Gesamt-Arbeitsvertrages.

Prüfen wir nun den Werth, den diese Dienstleistungen, reduziert auf allgemein menschliche Arbeit, haben, so sieht wohl Jeder ein, daß nicht allzuviel höhere Arbeit in dem Couponabschneiden oder Diktationschreiben enthalten ist; der Mann, der sein Geld auf eine Hypothek anleiht, die auf mehrere Jahre festsitzt, verrichtet also in diesen ganzen Jahren nur so viel allgemein menschliche Arbeit, als notwendig war, das Geld unterzubringen, was zumeist in einigen Stunden abgemacht wird; er würde also für den von ihm der Gesellschaft geleisteten Dienst, wenn die Löhnung nach dem Werth des Dienstes bemessen würde, höchstens den Lohn zu fordern haben, der für einen halben Tag ordinarer Arbeit gezahlt wird, während er heute die mehrjährigen Zinsen seines Capitals einsteckt und nach der Lehre der Manchestermänner in diesen Zinsen den entsprechenden Lohn für seine der Gesellschaft geleisteten Dienste bezieht.

Der Werth des Dienstes besteht aber nicht in der wirklich aufgewendeten, sondern in der zu der Dienstleistung gesellschaftlich notwendigen Arbeit. Heute bestimmt nun Jeder, mag er viel oder wenig Geld besitzen, in welcher Weise sein Geld angelegt werden, d. h. in welcher Weise dasselbe bei der Produktion benutzt werden soll; Hunderttausende verwenden also Zeit auf die Bestimmung und Leitung der Produktion; sie leisten damit der Gesellschaft Dienste, deren Werth sich nach der bei dieser Arbeit aufgewendeten Zeit bemisst.

Bei einer vernunftgemäßen, dem Bedürfnis der Consumption planmäßig angepaßten Produktion, wie sie der Sozialismus anstrebt, würde die Bestimmung, was und wie zu produzieren sei, von den dazu eingesetzten Behörden ausgehen; es würde dann etwa nur der zehntausendste Theil der Zeit auf diese Bestimmung verwendet werden, die heute durch die Capitalisten darauf verwendet wird; der Dienst der Capitalisten, der für Jahre oft nur in einer Stunde Arbeit besteht, wird dann gesellschaftlich nur noch den zehntausendsten Theil der Zeit notwendig erfordern, d. h. also, auf Nichts zusammenschrumpfen.

Soweit der Capitalist als Geschäftsführer wirklich bei der Produktion mitarbeitet, leistet er natürlich wirkliche Dienste und hat daraus hin gerechten Anspruch auf Theilnahme am Gesamt-Arbeitsvertrage; wir sprechen hier nur von dem Capitalisten, der, wie man zu sagen pflegt, sein Geld arbeiten läßt, d. h. der selber gar nicht arbeitet.

Legt man denselben Maßstab, den wir für den Werth der Dienstleistungen gefunden haben, an die Arbeit der Staatsmänner, Generale, Geistlichen u. d. d. und vergleicht damit, in welcher Weise sie durch ihr heutiges Gehalt an Gesamt-Arbeitsvertrage theilnehmen, so wird auch dem blödesten Auge klar, daß die Vertheilung des Arbeitsvertrages durchaus nicht im Verhältniß der geleisteten Dienste stattfindet.

Betrachtet man es als Aufgabe der Gesellschaftswissenschaft, einen gerechten Maßstab zur Vertheilung des Gesamt-Arbeitsvertrages zu suchen, so wird man zugestehen müssen, daß durch die von Carl Marx gegebene Erklärung des Werthes der erste Schritt zur Lösung dieses schwierigen Problems gethan ist.

Politische Uebersicht.

— O welche Lust Soldat zu sein. Aus Wühlhausen in Thüringen schreibt man uns:

„Am 11. Mai dieses Jahres wurde der Mann Töpel vom Regiment Reiske der 5. Brigade des 1. Thüringer Ulanen-Regiments Nr. 6 zu Wühlhausen in Thüringen zur Stallwache kommandirt, ohne daß der Wachtmeister oder Rittmeister ihm Befehl erteilt hatte. Es war Abends 7 Uhr, als der Sergeant die vom Wachtmeister kommandirte Stallwache ihres Dienstes entließ und den Ulanen Töpel eigenmächtig dazu kommandirte. Der Soldat befolgte den Befehl, reinigte den Stall und warf das Heu, welches aus der Kasse herabgefallen war, mit dem Stroh unter die Krippe. Der Sergeant fragte ihn, was er unter die Krippe geworfen habe; der Soldat antwortete, es sei Heu und grobes Stroh. Darauf erhielt der Soldat den Befehl, selbiges herbeizuholen. Er befolgte diesen Befehl. Im selben Augenblicke, wo Töpel den Befehl befolgte, trat der Sergeant an ihn heran und schlug ihn mit der Faust auf den Hals, welcher er wiederholte. Einige Augenblicke darauf stürzte Töpel in Krämpfen zusammen und brach in ein lautes Geschrei aus, wodurch die Nachbarschaft herbeigezogen wurde. Den herbeigezogenen Civilpersonen war es nicht möglich, dem Sergeanten habhaft zu werden, indem derselbe sich zurückgezogen hatte. Töpel wurde darauf nach dem Lazareth geschafft, sein Mund war blau und er selbst wußte nicht, wie er in das Lazareth gekommen. Der Ober-Stabsarzt erklärte, Töpel würde die nächste Stunde nicht mehr erleben. Da jedoch am andern Morgen die Krämpfe nachgelassen hatten, überferte sich der Ober-Stabsarzt, es wäre Verstellung. Am 15. verließ Töpel das

Sazareth, es wurden ihm sofort vom Wachtmeister einige Tage Urlaub verschafft, damit er sich in seiner Heimath erholen könne. L'opel war jedoch so schwach, daß es ihm nicht möglich war, seine Reise von 2 Stunden allein anzutreten, worauf er einen Freund zur Begleitung mitnehmen mußte. Der Sergeant Reichle ist zwar seines Verrißts entleibt, jedoch hat man zur Zeit nichts erfahren, ob er zur Unternehmung gezojen worden ist und die verdiente Strafe zu erwarten hat."

— Selbsterkenntniß. Die nationalliberalen Reptilienblätter drucken folgendes Gesangbuchs-Verslein ab:

„Herr ich will ja gerne bleiben,
Wie ich bin, dein armer Hund,
Will auch anders nicht beschreiben
Mich nach meines Herzens Grund,
Denn ich fühle, was ich sei,
Alles Böse wohnt mir bei.“

Ich bin aller Schand' ergeben,
Unrein ist mein ganzes Leben,
Hündisch ist mein Zorn und Eifer
Hündisch ist mein Reich und Hiß,
Hündisch ist mein Zorn und Geifer
Hündisch ist mein Raub und Fraß.

Ja, wenn ich mich recht genau,
Als ich billig soll, umschau,
Halt ich mich in allen Sachen
Ärger als die Hund' es machen.“

Die Widmung an Bismarck ist sonderbarerweise in allen Zeitungen vergessen.

Bei dieser Gelegenheit sei erwähnt, daß Fürst Bismarck jetzt die Nachricht kolportiren läßt, das Regidische Reptilienpreßbureau solle aufgehoben werden. Natürlich nur in der bisherigen Gestalt. Man braucht einen Sündenbock für die Sünden des verunglückte Kriegs-, Haupt- und Staatsaktion — und Regidi giebt sich gern für derartige Dienste her. Er wird dafür bezahlt und hat ja das beruhigende Bewußtsein, nur gethan zu haben, was seines Amtes war.

Da wir gerade bei der Sache sind, wollen wir hier mittheilen, — und zwar als authentisch, unsere Quelle ist absolut sicher —, daß der berüchtigte Kriegartikel der „Post“ direkt aus dem preussischen Kriegsministerium gekommen ist. Wenn wir nicht irren, ging ziemlich gleichzeitig jenes samose diplomatische Attenstück Bismarck's ab, das zwar kein „Kundtschreiben“ war, aber doch ein sehr reelles Ding und ganz im Geiste jenes berüchtigten Postartikels. Doch — der milde Bismarck war für den Frieden und nur der Berseker Regidi wollte den Krieg, und Berseker Regidi springt über die Klinge (à la Bagener), der friedliche Bismarck aber bleibt im Amt. Freue Dich Michel!

— Bismarck als Schriftsteller. Unser „genialer“ Reichskanzler soll einst für den „Kladderadatsch“ geschrieben haben, das ist aber bloßes Gerücht. Auch diplomatische Notizen existiren, die seine Unterschrift tragen; doch ist es eine bekannte Thatsache, daß diese Attenstücke der Feder des Herrn Volgar Bucher zu entziehen pflegen. Nur ein literarisches Erzeugniß des großen Staatsmanns ist rein und zweifelsohne von unbestreitbarer Aechtheit — das samose Straftragsformular, welches dem Verfasser so gut gefällt, daß er es bereits ungefähr 1000 Mal, zwar nicht ab aber doch unterschrieben hat. Jeder hat von diesem Opus gehört, allein Niemand, mit Ausnahme der verklärten Zeitungsredakteure und Räpferinnen, haben es je zu Gesicht bekommen. Wir glauben daher einem langgefähten Bedürfniß abzuhelfen, wenn wir Bismarck's einzige authentische schriftstellerische Leistung dem Wortlaut nach veröffentlichen. Hier folgt sie:

„Der in der Nummer der zu abgedruckte Artikel, welcher mit den Worten beginnt:“

enthält eine Beleidigung des Unterzeichneten in Beziehung auf seinen Beruf. Der zur strafrechtlichen Verfolgung dieser Beleidigung geleglich erforderliche Straftragsformular wird hierdurch gegen sämtliche für den erwähnten Artikel und seine Veröffentlichung verantwortliche Personen gestellt. Zugleich wird für den Fall einer Verurtheilung die Bekanntmachung des verfügenden Theiles des Urtheiles durch die öffentlichen Blätter beantragt.

den ten 187
Der Reichskanzler,
(gez.) v. Bismarck.“

Die Unterschrift ist höchst eigenhändig vom „großen Staatsmann“. Alles Andere in dem Formular ist autographirt. Die punktirten Stellen sind in dem Original leer gelassen und werden je nach Bedürfniß mit dem Namen des reichsfürstlichen Blattes, sowie dem Signalement des verbrecherischen Artikels und dem betreffenden Datum ausgefüllt. In Bezug auf letzteres hat das Formular sich nur bis zum Ausgange dieses Jahrzehnts vorgelesen, woraus man schließen könnte, daß Fürst Bismarck an die Zukunft ziemlich bescheidene Forderungen stellt.

— Pändlich sittlich. Wir hatten bisher gedacht, die Polizei sei dazu, Spitzbuben zu fangen nicht aber: Spitzbuben das Geleit zu geben; wir werden jetzt eines anderen belehrt. In Berlin residirt eine berühmte, in jeder Art berühmte Persönlichkeit, welche sich des Spitznamens „Gewaltswilhelm“ erfreut und das Ansehen fremden Privat-Eigenthums systematisch heubtet. Die Berliner „Vorzeitung“ schreibt (Nummer 257, Beilage 2) wie folgt über dieses interessante Thema:

„Die reisenden Berliner Bauernsänger machen auf ihrer diesmahligen Frühjahrsreise schlechte Geschäfte. Die Behörden widmen ihnen eine Aufmerksamkeit, wie sie für gewöhnlich nur geübten Hauptern zu Theil wird, denn überall, wohin sie ihre Schritte auch wenden, meldet der Telegraph ihre Ankunft, trotz des raffiniertesten Incognitos, welches mitunter angewendet wird. Begreiflicherweise ist aber den Bauernsängern jeder offizielle Empfang ein Grauel. Die Bande des „Gewaltswilhelm“ ist in wenigen Wochen durch den Telegraphen von Wiesbaden bis nach Dresden verfolgt worden, und scheint sich jetzt in die böhmischen Wälder begeben zu haben.“

So weit die „Vorzeitung“. Herr Bagener, Fürst Putbus, Riquel u. s. w. haben es leider noch nicht für nöthig gehalten, sich in die böhmischen Wälder zu schlagen, und wir fürchten, auch

*) Die offiziellen und offiziellen Organe stellen die Griffen eines „Kundtschreibens“ in Abrede — die bekannte Wortspielerei bei De-

„Gewaltswilhelm“ wird Deutschland und die Umgegend nach wie vor unsicher machen.

— „Kein Mensch, nur ein Bremser!“ Die „Braunschweiger Morgenzeitung“ schreibt unterm 18 d. M.: „Gestern (17. d. M.) Morgen ist der um 2 Uhr 32 Minuten von Bremen kommende Zug auf dem Bahnhof in Lehrte auf einen mit einer neuen Locomotive beladenen Wagen gestoßen, wodurch die Maschine und ein Packwagen stark beschädigt wurden. Menschen sind nicht verletzt, nur ein Bremser hat eine leichte Contusion davongetragen.“

— Die preussische Regierung oder „Reichsregierung“ sucht sich für die Niederlagen, welche sie auf dem Gebiet der auswärtigen Politik und des Kulturkampfes erlitten hat und fortwährend erleidet, durch systematische Verfolgung und Unterdrückung der unabhängigen Presse zu revanchiren. Seit einigen Wochen ist es namentlich die „Frankfurter Zeitung“, welche den „Liberalismus“ des neuen Straf- und Preßgesetzes und seiner Urheber zu illustriren hat. Sie wird in wahrhaft unerhörter Weise verfolgt; auf Grund einer ganz unbedeutenden Correspondenz aus Gera hin ist der „Zeugenzwang“ gegen die sämtlichen Redakteure des Blattes in Anwendung gebracht worden, und geht man offenbar mit der Absicht um, die Redaktionsmaschinerie zum Stillstand zu bringen, und das „müßige“ Blatt zu Grunde zu richten. Wir müssen der „Frankfurter Zeitung“ das Zeugniß ausstellen, daß sie mit eben so viel Muth wie Geschick den ihr aufgezwungenen Strauß durchsticht und sich um die Sache der Preßfreiheit wohlverdient gemacht hat. Kein Zweifel, das erhoffte „innere Däppl“ wird zu einem inneren Jena werden. In unserer nächsten Nummer theilen wir einen trefflichen Artikel der „Frankfurter Zeitung“ über diese neueste Blamage der Bismarck'schen Aera im Auszuge mit.

— „Nach dem Jahresberichte des Fabrikinspektors für Berlin vom Jahre 1874 gab es dort in den 50 Polizeirevieren 1906 Fabriken und gewerbliche Anlagen (mit Dampfkrast oder mehr als 10 Arbeitern). In diesen fanden sich December 1874 64,510 Arbeiter vor und zwar:

über 16 Jahre alte Männer	51,501	=	79,84%
Frauen	11,011	=	17,07
unter 16 Jahre alte Knaben	1,137	=	1,76
Mädchen	760	=	1,18
unter 14 Jahre alte Knaben	66	=	0,10
Mädchen	55	=	0,05

Der Gesamtzahl v. 64,510.

Der Zahl nach kommen zuerst die Maschinenbauer, dann Selbstgießer und Gürtler, hierauf Holzschneider, Dachbrücker, Spianer, Weber. Der Fabrikinspektor ist ein Major außer Dienst, Herr von Stillpaugel.

„Soldaten müssen's sein“ — im Intelligenzstaat. Stand doch bis vor Kurzem die Berliner Charité (Kranken- und Irrenanstalt) unter der Leitung eines Ex-Unteroftiziers.

— In Südwales ist der Conflict noch nicht zu Ende. Viele Arbeiter sind zwar zu den Lohnbedingungen der „Heren“ (15 Prozent Reduktion) in die geöffneten Gruben zurückgekehrt, eine beträchtliche Anzahl hat sich aber bisher nicht gefügt, und ist zum Ausdauern entschlossen.

— In einigen Zeitungsberichten über den Einigungscongress heißt es, die Majorität habe sich gegen das Frauenstimmrecht erklärt. Das ist durchaus unrichtig. Ein Antrag, welcher das Stimmrecht für die „Staatsangehörigen beiderlei Geschlechts“ vom 20. Lebensjahre an forderte, wurde allerdings verworfen, jedoch nur, weil der von dem Referenten empfohlene Antrag, auf Stimmrecht „aller Staatsangehörigen“ (anstatt: „aller Männer“), wie in dem Referat ausdrücklich hervorgehoben ward, das Frauenstimmrecht in sich schloß. Dieser Antrag des Referenten gelangte mit überwältigender Majorität zur Annahme (höchstens 10 der 120 anwesenden Delegirten stimmten dagegen).

Innere Partei-Angelegenheiten.

In die Parteigenossen.

Hierdurch theile ich mit, daß der in Bremen domicilirte Allgemeine deutsche Arbeiter Verein sich aufgelöst hat.
Gotha, den 28. Mai 1876.

Hajenclewer.

Gewerksgenossenschaftliches.

Allgemeiner deutscher Schiffszimmerer-Verein.

Hamburg. Bestimmungen, unter welchen die von den Remeler Collegien errichtete Assoziation geleitet wird. (Schluß.)

§ 8. Herr Eder ist als Inhaber des Gewerbes von der praktischen Arbeit ausgeschlossen, er hat die Kasse und sämtliche schriftlichen Arbeiten zu besorgen, so lange es ihm die Größe des Geschäftes erlaubt. Bei jeder Zusammenkunft mit den drei Beisitzern hat derselbe genauen Bericht zu erstatten über alle Einnahmen und Ausgaben, über den Gang des Geschäftes und den Stand der Kasse.

§ 9. Damit Eder im Stande ist, die nöthigen Ausgaben, Materialien u. s. zu besorgen, wird denselben ein laufendes Conto von 90 Rmk. eröffnet. Der bei der Sonnabend-Abrechnung vorhandene Ueberschuß wird in eine Kasse gethan, welche mit zwei Schlüssel zu verschließen ist, welche sich in den Händen zweier Beisitzer befinden.

§ 10. Sobald der sich in der Kasse befindende Ueberschuß eine gewisse Summe übersteigt, so wird derselbe auf sichere Hypothek oder in eine sichere Bank gethan.

§ 11. Herrn Eder soll für seine Bemühungen der ordentliche Gehalt-Lohn ausgezahlt werden. Beim Auszahlen des Ueberschusses am Jahresabschluss soll darauf Rücksicht genommen werden, daß möglichst eine Summe als Referendosatz zurückgelegt wird.

§ 12. Beim etwaigen Tode des E. Eder wird sofort von den Mitgliedern Jemand erwählt, welcher das, auf E. Eder's Namen betriebene Gewerbe weiter führt.

§ 13. So lange zwölf Mitglieder vorhanden sind, kann sich die Gesellschaft nicht auflösen. Sollte die Auflösung erfolgen, so wird das Kapital nebst vorhandenem Material unter die derzeitigen Mitglieder gleichmäßig vertheilt.

Das sind die Bestimmungen für die Mitglieder. Außerdem sind noch besondere Beschlüsse gefaßt, welche für Diejenigen maßgebend sind, die große Summen zur Anschaffung sämtlicher Materialien einzahlen, welches zum Betriebe des Schiffszimmerergeschäfts erforderlich ist. Obgleich unsere Kameraden nun schon einige Wochen nach Neujahr bereit waren, alle Arbeiten zu über-

nehmen, so erhielten sie doch nirgends Arbeit, da die Rheber und Kapitäne Versammlungen abhielten, in welchen beschlossen wurde, unseren Kameraden keine Arbeiten zu geben, damit sie mit ihrer Assoziation keinen Erfolg hätten. Unsere Kameraden erhielten daher auch nur hin und wieder ein wenig Arbeit bei den fremden Schiffen, welche alsdann durch die nothdürftigsten Schiffszimmerleute fertig gemacht wurde. Jedoch ließen die Kapitäne den Muth nicht sinken, und es arbeiteten fortwährend Einige, um Spillen und sonstige Dinge, welche zum Schiffszimmerergeschäft erforderlich sind, anzufertigen. Ebenfalls haben unsere Kameraden zwei schöne Plätze. Auf dem einen verfertigen sie alle Arbeiten und der andere die zum Kiel holen der Schiffe. Ich saah sogar, wie ich in Remel war, daß unsere Kameraden schon dasselbe Material aufweisen konnten, wie die Meister. Denn diese besitzen ebenfalls keine Maschinen oder sonstige großartige Einrichtungen; deshalb sind unsere Kameraden daselbst in der glücklichen Lage, alle Arbeiten selbst zu übernehmen, obendrein sind sie im Stande, ihre Arbeiten billiger zu liefern als die Meister, weil letztere einen zu großen Gewinn ziehen wollen, aber ihren Arbeitern, die ihnen das Geld verdienen sollen, nicht einmal einen solchen Lohn zahlen wollen, damit sie alle Menschen existiren können. Es war am 8. April, als ich in Remel eine Versammlung, zu der auch die Meister eingeladen waren, abhielt. Es erschien auch ein Meister, Namens Eggert, in dessen Gegenwart auch alsdann fast einstimmig der Beschluß gefaßt wurde, daß Keiner die Arbeit unter 4 1/2 Sgr. per Stunde bei den Meistern aufnehmen sollte, überhaupt solle gar nicht wieder bei den Meistern gearbeitet werden, sondern man wolle ruhig ausdauern, bis man uns die Arbeit selbst übergeben würde. In dieser Versammlung erklärte Meister Eggert, den Lohn für die alte Arbeit geben zu wollen, aber die Arbeit für Remeler Schiffe, welche Monate lang zimmern müssen, wolle er als Neubaar betrachten, und nur 4 Sgr. per Stunde für dieselbe geben. Dieses Anerbieten des Meisters Eggert wurde aber abgelehnt, indem unsere Kameraden einhaken, daß die Arbeit ihnen bald kommen mußte. Es dauerte aber noch 14 Tage, bevor die Rheber und Kapitäne Arbeit gaben, dann aber gab es auf einmal massenhaft Arbeit. Es liefen eine Masse Schiffe in den Hasen ein, die fertigen Schiffe gingen in See. Ein Umstand trat noch hinzu, nämlich der Eisgang in dem Hasen war ein so starker, daß mehrere Schiffe fast mitten durchgeschnitten wurden. Eins wurde so beschädigt, daß es im Hasen versank. Jetzt kam der Augenblick, wo man von allen Seiten nach Zimmerleuten suchte, unsere Kameraden erhielten alle Arbeit, man frug da nicht mehr nach dem Lohn, sondern man war froh, wenn man nur Leute bekam. Die Meister konnten von diesen vielen Arbeiten nichts verfertigen, denn sie hatten ja keine Leute, jetzt hätten sie wohl gerne den Lohn gegeben, wenn sie nur Leute bekommen hätten, aber unsere Kameraden drangen mit ihrer Assoziation durch und haben bis auf den heutigen Tag fast alle Arbeit. Die Meister in Remel haben zwar auch Arbeit, auch haben sie einige Leute, welche diesen Winter ihren eigenen Kameraden untreu wurden. Dies sind aber theilweise solche Leute, welche nicht einmal alle Arbeiten verfertigen können, die also den Meistern nicht groß nützen können. Die Herren Schiffseher und Kapitäne können aber versichert sein, daß die Arbeiten von der Assoziation unserer Kameraden prompt und billig hergestellt werden. Wenn sie dann einmal die Rechnungen vergleichen werden, dann werden sie sich freuen, daß eine solche Assoziation von Schiffszimmerern sich gebildet hat; sie werden dann finden, daß der Tagelohn es nicht ist, der die Arbeit theurer macht, sondern es ist des Meisters großer Profit, der Alles vertheuert. Mögen daher die Herren Schiffseher und Kapitäne in Zukunft alle Arbeiten an unsere Kameraden übergeben, dann werden sie wahrscheinlich nicht betrogen werden, denn die Leute wollen nur von ihrer Hände Arbeit als Menschen existiren. Jetzt noch ein paar Worte an Euch Kameraden Deutschlands. Aus diesem Bericht werdet Ihr ersehen, daß wir stolz sein können auf unsere Remeler Kameraden. Wohlan denn, es gilt diesen Stolz, diese Assoziation uns zu erhalten. Deshalb muß es eines jeden Collegen erste Aufgabe sein, den Zug von Remel fern zu halten, damit das, was dort errichtet ist, nicht wieder durch die eigenen Kameraden zerstört wird.

Nach Ihr Remeler Kameraden, von Euch verlange und erhoffe ich, daß Ihr Euch bei jedem vorkommenden Strike, welche zwischen den deutschen Schiffszimmerleuten und den Meistern ausbrechen sollte, hervorragend theilhaben werdet.

Mit sozialdemokratischem Gruß

H. Groß.

Gewerksgenossenschaft der Manufaktur-, Fabrik- und Handarbeiter beiderlei Geschlechts. (Sitz Weimar.)

Augsburg. Wir erklären uns hiermit mit dem Auftruf und Antrag der Braunschweiger Mitgliebschaft einverstanden, weil wir dessen Begründung nach eigener Ueberzeugung für richtig erkennen.

Nur möchten wir den Antrag dahin geändert wissen, daß die Generalversammlung in Weimar stattfinden möchte, um die Theilnahme auch für Süddeutschland zu erleichtern, ferner, daß die Generalversammlung erst in 2-3 Monaten abgehalten werde, damit die einzelnen Mitgliebschaften die Delegirtenentscheidungen betreiben können.

Auch wir, Genossen, wollen, daß bald mit vereinten Kräften neues Leben in unsere Gewerkschaft gebracht werde. Wir ersuchen die übrigen Mitgliebschaften, mit uns in Correspondenz zu treten, und sich auch im „Volkstaat“ über diese Sache auszusprechen.
Der Vertrauensmann.

Allgemeiner deutscher Schneiderverein.

Bremen, 24. Mai. Der „Karten“-Strike der Bremer Schneider ist nach fast fünfwöchentlicher Dauer siegreich beendet. Darüber in Kürze folgendes: Nach gegenseitiger Uebereinkunft sind die Karten beibehalten worden, jedoch unter ganz anderen Bedingungen als wie sie zuerst eingeführt waren. Es waren nämlich die Karten so eingerichtet, daß man auf eine Karte sechs Mal aufsetzen mußte, und zudem wurden die Karten auch noch gebucht, so daß man beliebig eine ganz genaue Controle über den Arbeiter ausüben konnte. Dieser Uebestand ist jetzt aufgehoben, indem die Karten nur für ein Mal gültig sind, denn bei jedesmaligem Arbeitsantritt wird eine neue Karte ausgestellt gegen Rückgabe der alten. Die Arbeitsnachweisungs-Bureau der Innung und des Vereins sind miteinander verschmolzen. Es ist eine Commission von 12 Mann gewählt, zur Hälfte aus Arbeitgebern und Arbeitnehmern bestehend, wovon jeden Morgen zwei Mann — von beiden Theilen ein Mann — am Plage sein müssen. Es sind vorläufig die alten Karten noch in Gebrauch geblieben, weil noch ein großer Vorrath davon vorhanden war; es braucht sich aber Keiner, der in Arbeit treten will, an der sechsmonatigen Rubricierung der Karten zu stoßen, denn die vielen Rubriken haben keinen Werth mehr, weil dieselben durchstrichen werden, zumal trägt jede Karte der

Richtigkeit halber an der Stirne die Stempel der Innung und des Vereins. Die Commission soll auch zu gleicher Zeit eine Art Schiedsgericht bilden, um etwaige Streitigkeiten zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmern in Güte zu schlichten. Das gemeinschaftliche Arbeitsnachweiser-Bureau ist in unserm Verkehrslokale, Hankenstraße Nr. 25, bei Gastwirth Bohmeyer, welches wir allen zugereisten Kollegen aufs Beste empfehlen. Es ist also hieraus zu ersehen, daß wir mit Beibehaltung der Karren mehr erreicht haben, als wenn dieselben gänzlich abgekauft worden wären, denn erstens hat die Innung den Verein der Innung gegenüber vollständig ebenbürtig erklärt, und zweitens ist eine sogenannte Harmonie zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmern geschaffen, wie sie hier noch nie bestanden hat, was die Zusammenziehung der Commission resp. des Arbeitsnachweiser-Bureau beweist. Um den Raum des „Volkstaat“ nicht zu sehr in Anspruch zu nehmen, kann ich weitere Einzelheiten nicht erwähnen, ich verweise aber auf unsern Delegierten zum Gewerkschafts-Congress in Gotha, derselbe wird den übrigen Vertretern unserer Gewerkschaft das Nähere noch mittheilen. Da wir diesen Sieg durch unser festes Zusammenhalten und durch die opferfreudige Unterstützung, die uns zu Theil geworden ist, errungen haben, so sprechen wir hiermit unsern Dank aus allen Denen, die uns unterstützt haben, und verpflichten wir uns, in ähnlichen Fällen stets unserer Pflicht eingedenk zu sein. Wir rufen ferner Allen zu, die noch vereinzelt dastehen: Vereintigt Euch! denn vereintigt sind wir Alles, vereintigt sind wir Nichts! Darum nochmals: Proletarier aller Länder vereintigt Euch!

Abrechnung über eingegangene Gelder folgt in einer späteren Nummer. Mit Brudergruß und Handschlag zeichnet
J. A.: Friedr. Fellermann.

Gewerkschaft der Holzarbeiter.

Berlin, 18. Mai. Am 11. d. Mts. standen Unterzeichner und der Kassirer Gintel vor der 7. Criminal-Deputation, um sich wegen Mißbrauchs des Vereinsgesetzes zu rechtfertigen. Die Anklage basirte auf den §§ 8 und 16 des Vereinsgesetzes und sollen wir als politischer Verein mit anderen Vereinen in Verbindung gestanden haben. Die Anklage greift einige Reden und Telegramme aus dem Protokoll des Nürnberger Congresses heraus, behauptet, die „Union“ sei ein politisches Organ und gehöre zur sozialdemokratischen Arbeiterpartei (Eisenacher), wie wir überhaupt ein Zweigverein der sozialdemokratischen Arbeiterpartei wären. Beweis: 2 Mitglieder der Partei haben politische Vorträge in den Versammlungen der Holzarbeitergewerkschaft gehalten. Und für all diese „schweren Verbrechen“ beantragte der Staatsanwalt für jeden der Angeklagten 120 Mark oder 20 Tage Gefängnis, und für die eminent politische Tendenz und weil wir in verdeckter Form ein Zweigverein der sozialdemokratischen Arbeiterpartei wären, die sofortige Schließung des hiesigen Vereins der Gewerkschaft der Holzarbeiter auszusprechen. Der Verteidiger Holtzow plaidirte für Freisprechung, indem er ausführte, daß nur in einem Falle ein politischer Vortrag gehalten worden sei, daß man aber auch einen geschichtlichen Vortrag sehr oft nicht halten könne, ohne politisch zu sein, wie wir ja überhaupt nur ein Unterstützungsverein wären. Der Verteidiger wies auch auf unsere Statuten, wo von allen Forderungen nur rein soziale genannt seien. Nachdem Unterzeichner noch jeden einzelnen Punkt der Anklage widerlegt und der Kassirer Gintel sich gegen die Anklage verwehrte, als Ordner oder Leiter eines Vereins thätig gewesen zu sein, und daß er nur das Vertrauen gerechtfertigt habe, welches die Mitglieder in ihn gesetzt hätten, zog sich der Gerichtshof zurück behufs Berathung. Nach kaum 1/4stündiger Berathung verkündigte der Vorsitzende des Gerichtshofes, Reich, unsere gänzliche Freisprechung. G. Lemke, Bevollmächtigter.

Correspondenzen.

Forstheim, 8. Mai. (Volksversammlung.) Samstag, den 24. April, fand in der „Turnhalle“ eine von ca. 1200 Personen besuchte Volksversammlung statt, in welcher der Reichstagsabgeordnete Hasenclever und Dreesebach aus Stuttgart referirten. Die Tagesordnung lautete: „Die politischen Parteien Deutschlands und ihre Stellung zur Arbeiterfrage.“

Der Einberufer der Versammlung, Lehmann, eröffnete dieselbe mit einer kurzen Ansprache, in welcher er die große Bedeutung der sozialen Frage hervorhob und den Einwand der Gegner, „es gäbe keine soziale Frage, sondern nur soziale Fragen“, treffend widerlegte. Bei Wahl des Bureaus wurde Lehmann zum Vorsitzenden, Unterzeichner zum Schriftführer gewählt. Der Reichstagsabgeordnete Hasenclever erhielt nun in erster Linie das Wort. Im Namen der Bruderliebe begrüßte er die süddeutschen Arbeiter, nicht Blut und Eisen verbände die norddeutschen Arbeiter mit ihren süddeutschen Brüdern, sondern die gemeinsame Idee, der einseitige Drang nach Befreiung des Ausbeutungssystems; es gewähre ihm ein besonderes Vergnügen, die Süddeutschen kennen zu lernen. In Kürze gedachte Hasenclever auch des frommen Reisepredigers Schuster, der sich bemühe, ihn überall als einen schredlichen Menschen hinstellen, und zum Beweise hierfür angeführt habe, daß er, Hasenclever, einst gesagt haben sollte: auch aus der Hand des Teufels nehme ich das Gute. Hasenclever fertigte den frommen Wacker mit einigen kräftigen Hieben ab. Nunmehr ging der Referent auf das eigentliche Thema über. Der konservativen Partei, als der ältesten, gedachte er zuerst. Sie sei es, welche ihrem ganzen Prinzip nach auf jeden Kulturschritt mißlieblich hinblinke und am liebsten die alten patriarchalischen Verhältnisse wieder herbeigeführt wissen möchte. All ihr Streben sei aber ohnmächtig, denn das Rad der geschichtlichen Entwicklung lasse sich durch Nichts aufhalten. Dem konservativen Standpunkt bezeichnete Hasenclever als unhistorisch und freiheitsfeindlich. Weil diese Partei ohnehin in die Kampfkammer der Geschichte gehöre, so halte er es nicht für notwendig, lange betrachtend bei ihr zu verweilen.

Nunmehr machte der Referent seine Ansichten geltend über die nationalliberale Partei. Sie habe die Herrschaft des mobilen Kapitals auf ihre Fahne geschrieben, und sei sie weder national noch liberal. Das Erstere bewies der Redner höchst treffend an dem Verhalten dieser Partei zur preussischen Kriegsanleihe 1870. Damals, als man noch nicht wußte, auf welche Seite sich das Kriegsglück neigen könnte, wurde diese Anleihe zu einem großen Theile von den patriotischen Kapitalisten, welche mit ihrem Patriotismus so schön zu prahlen verstanden, nicht gezeichnet, der Geldsack wäre nur dann patriotisch, wenn neben dem Patriotismus auch Profite eingestrichen werden könnten und dieses habe sich sofort deutlich gezeigt bei der Anleihe, welche nach Sedan proponirt wurde. Dieselbe sei nicht allein gezeichnet, sondern fünfmal überzeichnet worden. Jetzt hatten die Kapitalisten mit einem Male Geld, während sie kurze Zeit vorher vorwärts, es fehlte ihnen dieses. Patriotismus mit 1 1/2 pCt. Gewinn sei eben sehr leicht und angenehm. — Lanter Beifall belohnte den Redner für

diese treffende Charakterisirung der nationalen Standpunktes der Herren Liberalen. Doch ein kleines, allerliebste, vom hiesigen „Fortschritt“, Organ des Bürgervereins, stülich-religiös „gemachtes“ Fabrikanten wollte seinem gekränkten Herzen ein wenig Luft machen und rief derselbe zum Vortragenden, als der selbe vom Einstreichen der Projektoren sprach, hinüber: „Die hätten Sie auch genommen.“ Der kleine Heißsporn wurde von Hasenclever kurz und bündig abgefertigt.

Daß die nationalliberale Partei eben so wenig liberal als national sei, bewies der Redner des Weiteren an ihrem Verhalten zum Landsturm- und Kontraktbruchgesetz. Durch ersteres würde der Steuerdruck vermehrt, der Militarismus mehr entwickelt, und die unumschreibliche Folge werde die sein, daß die Klüftungen immer unerträglich werden müßten, und nicht nur allein in Deutschland, sondern auch in den Nachbarstaaten, welche sich an Deutschland ein Beispiel nehmen und ganz in demselben Sinne vorgehen. Die nationalliberale Partei habe von Steuererleichterung gesprochen, nur müsse der Süden mit dem Norden erst vereint sein; jetzt, nachdem dieses „herrliche“ Wort vollbracht sei, verpönte man nichts von Verminderung der Steuerlast, im Gegentheil, Steuern ohne Ende. An dem Kontraktbruchgesetz zeige sich recht klar und deutlich, wie der Nationalliberalismus den Besitz begünstige.

Was die Fortschrittspartei anbelangt, so bemerkte Redner hierzu, daß man dieselbe ruhig mit den Nationalliberalen in einen Topf werfen könne, denn diese beiden Richtungen wären mit einander vollständig identisch.

Zu der ultramontanen Partei übergehend, führte Hasenclever an, daß dieselbe ebenfalls einen freiheitsfeindlichen Standpunkt einnehme, weil sie gegen die wahre Volksbildung sei. Doch habe diese Partei hauptsächlich Herr v. Bismarck durch seine Ausnahmengesetze geschaffen. Daß heute so viele Leute für die verfolgten Geistlichen eintreten, habe einfach darin seinen Grund, weil es überhaupt allgemein menschlich sei, den Verfolgten beizustehen. Was speziell das Jesuitengesetz anbelange, so habe man damit gar nichts erreicht, und bezeichnete Redner dasselbe als höchst unbillig, weil man die protestantischen Jesuiten, welche noch viel gefährlicher seien, ganz unbeteiligt gelassen habe. — Die Anwesenden brühten bei dieser Stelle der Rede laut ihren Beifall aus, was den erfreulichen Beweis liefert, daß man die schleichenden Mucker hier noch viel weniger vertragen kann, als die erkennbaren Jesuiten.

Bei der nun folgenden demokratischen Partei hielt sich der Redner nicht allzu lange auf. Er bemerkte, daß wir mit dieser Partei wohl ziemlich auf gleichem politischen, aber nicht auf gleichem sozialem Boden ständen. Die bürgerlichen Demokraten wollten alle erdenklichen politischen Freiheiten, bei Leibe aber keine soziale Gleichheit.

Nun kam Hasenclever auf die Arbeiterpartei zu sprechen. Was diese von allen anderen Parteien unterscheide, sei Folgendes: Während jene Parteien, mögen sie Namen haben wie immer, für Aufrechterhaltung des Ausbeutungssystems eintreten, verlange die Arbeiterpartei Befreiung desselben. Nicht für einen einzelnen speziellen Stand wirke sie, sondern für die ganze leidende Menschheit, und darum sei unsere Sache die Sache der ganzen Menschheit! Die Herrschaft des Privilegiums müsse fallen, und die Bevorrechtung einzelner Klassen aufhören. Nur dadurch, daß an Stelle der Ausbeutung der Menschen durch den Menschen die solidarische, assoziationsmäßige Arbeit gesetzt werde, könne die Menschheit, das große arbeitende Volk, dauernd zu einem besseren Dasein geführt werden; aus der Ungleichheit des Besitzes entspringe aller Jammer und alles Weh der heutigen Zeit. Das arbeitende Volk sei sich seines Wertes endlich voll und ganz bewußt geworden, es will nicht länger mehr der erhaltende und zugleich darbenende Theil der Gesellschaft bleiben, sondern an den gemeinsamen Früchten Antheil haben. Das sei aber nur herbeizuführen, wenn wir uns immer fester organisiren, wenn wir mit allen uns zu Gebote stehenden gesetzlichen Mitteln bestrebt sind, so viel wie möglich Vertreter unserer Richtung in die gesetzgebende Körperschaft hineinzubringen; dann, wenn wir das ganz wollen, wird unsere gerechte Sache sehr bald über alle Unfreiheit, materielle wie geistige, triumphiren können. — Lanter Beifall lohnte den Redner, der es verstanden, scharf und schlagend das Verhalten der verschiedenen politischen Parteien Deutschlands zur Arbeiterfrage auseinander zu setzen.

Der Vorsitzende forderte etwa anwesende Gegner auf, sich zum Worte zu melden. Da das aber nach zweimaliger Wiederholung der Anforderung unterblieb, so erhielt jetzt Dreesebach aus Stuttgart das Wort.

In klarer, verständlicher Weise zergliederte dieser speziell das Wesen der kapitalistischen Produktionsweise und wies hin auf die traurigen Konsequenzen, welche sich aus derselben ergeben. Er schilderte ferner die himmelschreiende Noth des arbeitenden Volkes, namentlich einzelner Kategorien desselben, und forderte auf zur strammen Organisation. Die ganze Kraft und Stärke, welche notwendig sei, um die Emanzipation des vierten Standes zu vollbringen, müsse die Arbeiterschaft in sich selbst suchen, denn ihr gegenüber seien die anderen Parteien — wie einst schon Lassalle sagte — eine einzige reaktionäre Masse. — Dreesebach wurde ebenfalls laut Beifall gezollt, und schloß der Vorsitzende nun nach einigen persönlichen Bemerkungen die Versammlung.

R. Hasenclever.
Frankfurt a. D. Am 16. Mai wurde die Mitgliederversammlung des hiesigen sozialdemokratischen Wahlvereins aufgelöst, weil in derselben der gedruckte Nordische Vortrag, gehalten zu Coburg am 19. Juli 1874, zur Vorlesung gelangte. Nach Ansicht des Polizeieinpektors sollen in dem Vortrage Verstöße gegen einige Paragraphen des Strafgesetzbuchs enthalten sein. Um seiner Sache ganz sicher zu sein, nahm der Beamte auch das Protokoll mit. Viel Glück, Herr Staatsretter! Wir aber glauben an das erste Gebot, welches da lautet: Bange machen gilt nicht.
Danzig, 25. Mai. Zum Schrecken und Verdruß der Hirsch-Dunker'schen Partei, die sich hier sehr breit machte und sich für allein seligmachend proclamirte, wurde endlich auch hier zur Förderung der sozialistischen Idee der erste Schritt gethan und ein sozialdemokratischer Wahlverein gegründet. Die erste Versammlung fand am 21. Mai statt.
J. A.: J. Pef.

der Redaktion. L. S. in Pardubitz: Ob der „Volkstaat“ in Jittau gelesen wird, können wir nicht wissen, da uns die Post das Abonnenten-Verzeichniß nicht mehr anshändigt. Jedenfalls. — Lieblich hier: Ihre Aufschrift ist uns nicht ganz klar. Wir bitten um eine Unterredung, liebtigsten rathen wir Ihnen, die Direktorenkone abzulegen. Sie steht schlecht, wie alle Kronen. Neben Sie sich, wenn Sie die Eingabe wollen, zum Eintritt in die neue Partei und das Weiter wird sich finden. — der Expedition. Feste Köhlschnecke: Am 25. Mai ist die Nummer ausgefallen.
S. R. Ogir hier Schr. 1.34. Blümmen Kassen Schr. 4.30. Schmun

Pimbas Ann. 1.20. Brühl Mittelw. Schr. 6.00. Ost Berlin Schr. 3.60. Andre Kugenburg Ann. 10.5, Schr. 20.00. Lat Bieschen Schr. 9.30. C. Rahm hier Schr. 3.83. Schign Großen Schr. 0.60. Schr. hier Nr. 1.20. Sch hier Nr. 0.60. Fiedm Dresden Nr. 1.20, Schr. 0.70. Dngld hier Nr. 0.60. Wg Goldouter Schr. 3.50. S. Plgmt Cottbus Schr. 3.30. Die gewünschten Schriften können wir Ihnen nicht verschaffen.

Zum Wahlband.
Gesammelt in der Conditorei von M. hier 3.00.
Fund für Gemahregelle.
Gesammelt in der Bebel'schen Drechlerei 4.50.
Genossenschaftsbuchdruckerel.
Anteilsheine bez. Antheilquittungen erhielten ferner: Ja Connewitz L. 3. 60.00.

Berlin Sonnabend, den 5. Juni:
Monatsversammlung im Cafe Wache, Kugaststraße Nr. 80.
Tagesordnung: 1) Kassen- und Revisionsbericht. 2) Bericht der Delegirten zur Generalversammlung. 3) Berichtsbescheid.
NB. Die Mitglieder werden ersucht, zahlreich und pünktlich zu erscheinen.
Der Bevollmächtigte. [70]

Cöln Montag, den 7. Juni, Abends 8 Uhr, im Vereinslokale, Streitjuggasse 10A.
Generalversammlung.
Tagesordnung: 1) Kassenabrechnung. 2) Neuwahl des Vorstandes, Alle Mitglieder werden hierdurch freundlichst ersucht, pünktlich zu erscheinen.
(2a) Der Vorstand. [70]

Cöln Sonntag, den 6. Juni, Nachmittags 2 Uhr, im städtischen großen Gürzenichsaale:
Volksversammlung.
Tagesordnung: 1) Die Thätigkeit des deutschen Reichstages. 2) Die wirtschaftliche und politische Lage Deutschlands. Referent: Reichstags-Abgeordneter Badtisch.
Die Mitglieder des soz.-dem. Arb.-Vereins. [70]

Frankfurt a. M. Sonntag, den 6. Juni:
Parteiengenossen!
Spaziergang nach Jfenburg.
Zusammenkunft bei Pfuhl. — Abmarsch halb 3 Uhr.
Unser Freund R. Haars wird nach 3monatlicher Haft wieder in unserer Mitte sein.
S. Beyer. A. Schneider.
R. Hahn. G. Flemming. [200]

Hamburg Donnerstag, den 3. Juni:
Mitgliederversammlung im Hotel Stadt Berlin, Großer Neumarkt 46—47.
Bericht über den Congress; Abrechnung. — Die Mitgliederarten sind vorzuziehen.
Es werden die Mitglieder ersucht, ihren rückständigen Beitrag zu entrichten. Zu gleicher Zeit werden alle diejenigen aufgefordert, welche noch Karten haben, selbe sobald wie möglich in Ordnung zu bringen, damit die Abrechnung statfinden kann.
Peter. [90]

Hamburg Mittwoch, den 2. Juni, Abends halb 9 Uhr, im Schoppensteil 22:
Außerordentliche Generalversammlung
Das Erscheinen der Mitglieder ist notwendig.
Reitens, Bevollmächtigter. [70]

Leipzig Sonnabend, den 5. Juni: Versammlung Bindmühlensstraße 7. — Tagesordnung: Vortrag von Wille über die Entlohnung der Arbeit. Ausnahme neuer Mitglieder. S. Schiffel, Bev.
Mittwoch, den 2. Juni: Ausschuss-Sitzung. [50]

Leipzig Der Arbeiterbildungsverein feiert Sonntag, den 6. Juni in den Räumen des Gasthauses zur „goldnen Krone“ in Connewitz sein Frühlingsfest. Befehd in Concert und Ball. Anfang Nachmittags 3 Uhr. — Freunde und Gönner des Vereins sind zu zahlreicher Theilnahme eingeladen. [2] Der Vorstand. [50]

Leipzig Freitag, den 4. Juli 1875:
Versammlung im Restaurant Bellevue (früher Leipziger Saal).
Berichterstattung der Delegirten Bebel, Liebknecht und Rotteler über den Gothaer Sozialisten-Congress.
Der Vorstand. [50]

Kleinzschocher Arbeiterverein.
Sonnabend, den 5. Juni, Abends halb 9 Uhr:
Generalversammlung in Lange's Restauration.
Tagesordnung: Bericht des Kassirers. Neuwahl des Vorstandes.
Anträge der Mitglieder.
Zu pünktlichem Erscheinen ladet ein
Der Vorstand. [60]

Waldenburg i. S. Den Parteigenossen diene zur Nachricht, daß unser Arbeiterfest den 6. Juni nicht stattfinden kann, politischer Hinterzins wegen.
A. Bögler. [40]

Einladung zum Volksfest.
Am 13. und 14. Juni findet in den Lokalitäten des Bergschlößchens zu Zwickau ein allgemeines Volksfest, verbunden mit Verlosung, statt.
Programm. Sonnabend, den 12. Juni Abends 8 Uhr, zur Vorfeier, Sommer im Gasthof zum Behr. Sonntag, früh 6 Uhr Morgen-Concert im Bergschlößchen. Vormittags halb 9—1 Uhr Empfang der auswärtigen Festtheilnehmer. Nachmittags halb 2 Uhr Sammeln zur Aufstellung des Festzuges auf dem Kaiser Wilhelms-Platz. 1 Uhr Abmarsch durch die Stadt nach dem Festplatze. Nach Anstuf auf dem Festplatze folgt die Festrede. Nachmittags 4 Uhr Beginn des Concerts. Während des Concerts Verlosung von Festgegenständen. Abends 8 Uhr Beginn des Balles. Montag, den 14. Juni Vormittags 9 Uhr gemeinschaftlicher Ausflug nach Pölsau. Nachmittags 5 Uhr Beginn des Concerts. Abends 8 Uhr Beginn des Balles. Das Comité. [400]

Durch uns ist zu beziehen:
Germweg's Photographie in Bistienartenformat,
Preis pro Stück 25 Pf.

Ferner ist soeben erschienen:
Ph. Becker: Stunden der Andacht
Lieferung 9.
Preis pro Exemplar 20 Pf.
Buchhandlung des „Volkstaat.“

Malergelhilfen (D. 2407)
Juch G. Erbe, Schmalbacher Straße 23, Wiesbaden. (10c)
Unterzeichner bringt seinen Freunden und Bekannten zur gefälligen Anzeige, daß bei ihm noch mehrere Zimmer auf möbelfertige oder monatliche Mietweise abzugeben sind. Der Preis von 3 Mark an. Je nach Bedürfnis bürgerlicher Mittagstisch von 3 M. 60 Pf. an, sowie sonstige Bewirtung. Für reelle und prompte Bedienung wird stets Sorge getragen.
Mit sozial-demokratischem Gruß
Burmester.
Hamburg, Hotel Stadt Berlin, gr. Neumarkt 46—47. [200]

Beantwortlicher Redakteur: S. Rindl.
Redaktion Coesstr. 4, Expedition Zeitungsstr. 44, in Leipzig.
Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerel in Leipzig.